

Tätigkeitsbericht
Institut für Ökologie
und Aktions-Ethnologie
INFOE e.V.



Institut für Ökologie und Aktions-Ethnologie (infoe e.V.)
Melchiorstr. 3
50670 Köln
Email: infoe@infoe.de



INFOE-Tätigkeitsbericht für das Jahr 2018

PROJEKT „MIT UND ÜBER DIE SDGs VON INDIGENEN VÖLKERN LERNEN“

Das in 2018 durchgeführte Projekt 'Mit und über die SDGs von indigenen Völkern lernen' knüpfte inhaltlich an das vorangegangene Projekt "Gemeinsame Schritte für Nachhaltige Entwicklung: Indigene Gemeinschaften Als Partner Im Wald-, Klima- Und Landschafts" an. Der Schwerpunkt lag darauf, sowohl die SDGs (nachhaltige Entwicklungsziele) als auch den Beitrag indigener Völker zu deren Erreichung beispielhaft anhand einiger SDG-Unterziele vermehrt in den schulischen, universitären und wissenschaftlichen Bereich einzubringen. In sieben schulischen und drei universitären Bildungsveranstaltungen sowie zwei Diskussionsveranstaltungen mit Wissenschaftler*innen wurden mithilfe konkreter Beispiele zur Lebensweise, Situation und dem Wissen indigener Gemeinschaften die SDG-Unterziele 2.3 und 2.4, 4.7, 13.1 sowie 15.1 und 15.2 bearbeitet. Mit interaktiven Methoden, dem Einsatz von visuellen Medien sowie indigenen Gastreferent*innen wurden Einblicke in die Lebenswelten indigener Gemeinschaften und ihren Bezug zum jeweiligen SDG-Thema verschafft. Diese Einblicke ermöglichten in allen Veranstaltungen einen Perspektivenwechsel und eine neue Betrachtung des eigenen Bezugs der Teilnehmenden zu den bearbeiteten Themen bzw. Fragestellungen.

Im Rahmen des Projekts wurden die im vorangegangenen Projekt erstellten Arbeitshilfen weiterbearbeitet. Daraus wurden im Projektzeitraum Unterrichts Anregungen zu den Zusammenhängen zwischen den SDGs und indigenen Völkern entwickelt, um diese für die Zielgruppen der Schüler*innen der Sekundarstufe I und Student*innen zu konkretisieren und insbesondere methodisch anzupassen. Die im Weiteren beschriebenen Bildungseinsätze wurden unter jeweils sehr unterschiedlichen Rahmenbedingungen mit verschiedenen Zielgruppen und Themenschwerpunkten durchgeführt, so dass gewissermaßen für jeden Einsatz eine eigene Einheit erarbeitet wurde. Die Erfahrungen und Auswertungen aus den Bildungseinsätzen flossen in die Unterrichts Anregungen ein, die unter folgendem Link auf unserer Webseite zu finden sind <https://www.infoe.de/projekte/indigene-und-sdgs/320-unterrichtsanregungen-zu-den-sdgs-und-der-rolle-indigener-voelker>

Im Juli 2018 ging der INFOE-Blog „Indigenes Wissen und der Klimawandel“ www.indigeneswissenundklima.blog online. Zentrales Thema der Blogbeiträge - darunter Beiträge indigener und internationaler Wissenschaftler*innen - sind das Wissen, die Erfahrungen und Strategien indigener Gemeinschaften, um mit den ökologischen und wirtschaftlichen Auswirkungen des Klimawandels in ihren Gebieten, auf ihre Lebensweise und Kultur umzugehen. Im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit wurden außerdem 12 Sharepics erstellt, mit denen über die sozialen Medien auf die Blogbeiträge aufmerksam gemacht wurde. Das Posten der Sharepics auf Facebook trug zur Erhöhung der Besucherzahlen beim Blog bei.



Wie erwähnt fanden in 2018 insgesamt sieben Bildungsveranstaltungen an Schulen bzw. mit Schüler*innen der Sekundarstufe I zu den SDGs und den Verknüpfungen mit indigenen Völkern statt. Die SDGs 13 und 15 wurden mit Schüler*innen der 10. Klasse eines Gymnasiums in Köln sowie an einer Berufsschule bearbeitet. Bei Veranstaltungen im Käfertaler-Wald bei Mannheim waren das Ökosystem Wald und das SDG 15 Thema. Die

Veranstaltungen fanden zum Teil unter Mitwirkung indigener Referenten aus Südamerika statt. SDG 4 schließlich wurde im Rahmen von Veranstaltungen mit Schüler*innen (SuS) verschiedener weiterführender Schulen in Winnweiler, Pfalz, bearbeitet: In zwei Unterrichtsstunden mit SuS der 5. Klasse im Fach Evangelische Religion wurden die Themen ‚Bildung für alle‘ (SDG4) und ‚Ungleichheiten abbauen‘ (SDG 10) mit Hilfe des Films ‚Nicht ohne uns‘ bearbeitet. Mit den Methoden der Mindmap, Gesprächen, kleinen Text- und Bildaufgaben wurden Fragen des Films zu Schwierigkeiten und ungleichen Chancen bzgl. des Schulbesuchs, die Bedeutung von Bildung für eine selbstbestimmte Entwicklung sowie Diskriminierung aufgegriffen. Die SDGs 2, 13 und 15 waren bei weiteren Veranstaltungen in Rheinland-Pfalz Thema: In vier Einzelstunden im Fach Erdkunde wurde mit Schüler*innen einer 8. Klasse das Thema „Hirtennomaden in Ostafrika, Klimawandel und SDGs“ behandelt. Die SuS setzten sich nach einführenden Einheiten zum afrikanischen Kontinent mit der Lebensweise von Hirtennomaden in Ostafrika am Beispiel der Massai auseinander. Mit Hilfe von Film-, Text- und Fotomaterial wurden in Gruppen und im Plenum Fragen zur Kultur und Wirtschaftsweise der Massai, den Veränderungen, denen sie ausgesetzt sind, sowie zu ihrem Beitrag zum Klimaschutz aktiv bearbeitet.

Weiterhin konnten an der Uni Bonn und im Rahmen der Sommerakademie von EPIZ und Engagement Global in Berlin verschiedene SDGs mit Student*innen unterschiedlicher Fachrichtungen bearbeitet werden. Bei Letzterem wurde im Rahmen eines 2,5-stündigen Workshops zur Frage der ‚Kulturellen Dimension von Nachhaltigkeit am Beispiel von Mapuche in Chile und der Beteiligung Indigener am SDG-Prozess‘ an einem konkreten Fallbeispiel die Bedeutung der kulturellen Dimension von Nachhaltigkeit aktiv mit den teilnehmenden Student*innen in Übungen und Gruppenarbeit bearbeitet. Die Einheit setzte einen Schwerpunkt auf SDG 4.7 und die Bedeutung der kulturellen Vielfalt, ermöglichte den Teilnehmenden jedoch auch einen Überblick über die SDGs grundsätzlich und ihre Bedeutung für indigene Völker bzw. deren Beitrag für eine erfolgreiche Umsetzung der SDGs.

Im Rahmen eines Seminars zu Ressourcenkonflikten in Asien an der Universität Bonn wurden Zielkonflikte zwischen den SDGs 6, 7, und 13 anhand der Zusammenhänge zwischen indigenen und lokalen Gemeinschaften und dem Bau von Großstaudämmen mit Student*innen der Orient- und Asienwissenschaften erörtert. Nach einer Einführung in die grundsätzlichen Zusammenhänge zwischen den SDGs und ihrer Bedeutung für indigene Gemeinschaften sowie deren Beitrag zur Erreichung der SDGs wurden anhand eines Fallbeispiels zu einem Staudamm in Laos Fragen zu Menschenrechten, Umweltzerstörung, erneuerbaren Energien und Klimaschutz mit den Student*innen mit der Methode ‚Talkshow‘ partizipativ bearbeitet.

Es wurden zwei Diskussionsveranstaltungen in Bonn durchgeführt. Anlässlich der UNFCCC SBSTA Verhandlungen in Bonn lud INFOE am 3. Mai 2018 zum Podiumsgespräch mit indigenen Vertreter*innen, Wissenschaftler*innen, und Student*innen eingeladen, um zu erörtern, wie eine effektive Teilhabe Indigener und die Integration von indigenem Wissen und traditionellen Nutzungspraktiken an der Schnittstelle von Wissenschaft, Politik und Praxis für den Wald- / Klimaschutz gestärkt werden kann. Die Veranstaltung wurde mit indigenen Gastreferent*innen aus Sibirien und Nepal sowie mit einer weiteren Referentin aus Kolumbien durchgeführt. Dabei wurde die Bedeutung indigenen Wissens für den Wald- und Klimaschutz, resiliente landwirtschaftliche Praktiken und damit die SDGs 2, 13 und 15 hervorgehoben und mit den teilnehmenden ‚westlichen‘ Wissenschaftler*innen diskutiert. Weitere Informationen sowie ein Link zum englischen Bericht findet sich auf unserer Webseite unter <http://www.infoe.de/veranstaltungen/beitraege/313-indigenes-wissen-fuer-waldschutz-und-klimawandel> Es wurde außerdem eine Videodokumentation des Podiumsgesprächs erstellt <https://www.youtube.com/watch?v=2gqyRsCOFM0>

Am 26. September 2018 fand im Zentrum für Entwicklungsforschung (ZEF) der Universität Bonn ein in Kooperation zwischen INFOE und dem Deutschen Institut für Entwicklungspolitik (DIE)

organisierter Workshop zum Thema: *Klimawandel und indigene Völker: Risiken, Auswirkungen und Resilienz* statt. Inhaltlich koordiniert zwischen INFOE und dem DIE und in Zusammenarbeit mit dem ZEF und INRES, beschäftigte sich der Workshop mit den lokalen Erfahrungen und regionalen Strategien indigener und lokaler Gemeinschaften im Umgang mit den Auswirkungen und den Risiken des Klimawandels. Ein ausführlicher englischer Bericht findet sich hier <https://indigeneswissenundklima.files.wordpress.com/2018/11/final-report-die-infoe-workshop.pdf>

Klimapartnerschaft

Aufgrund der 2017 mit der Unterstützung von INFOE ins Leben gerufenen Klimapartnerschaft der Städte Yarinacocha, Ucayali und Köln nahmen Vertreter*innen von INFOE aktiv an den Sitzungen des Kernteams zur Partnerschaft, an der Reise der deutschen Delegation nach Yarinacocha im Frühjahr 2018 sowie an dem Gegenbesuch der Delegationen aus Yarinacocha in Köln Ende August/Anfang September und im November teil. Im Rahmen der Delegationsreise des Kölner Teams der Klimapartnerschaft konnte eine



Teilnehmerin von INFOE auch die indigene Comunidad Sta. Clara de Uchunya besuchen, deren Unterstützung im Konflikt durch die massive Ausbreitung der Palmölplantagen in den Vorjahren mehrfach Thema bei Veranstaltungen von INFOE (z. B. bei einem Side Event auf der COP 23 und Veranstaltungen mit der Stadt Köln) gewesen war. Im Zusammenhang mit der Klimapartnerschaft, in Zusammenarbeit mit dem Kulturbunker und mit Unterstützung von INFOE, Informationsstelle Peru, Klima-Bündnis und Germanwatch fand am 25.09.2018 außerdem eine sehr gut besuchte Veranstaltung zu der Klage von Saúl Lliuya gegen RWE im Kulturbunker in Köln-Mülheim statt. Die Klimapartnerschaft haben wir auf verschiedenen öffentlichen Veranstaltungen, so auch bei der Konzertlesung „Die Welt im Zenit“ von Grupo Sal mit Patricia Gualinga, vorgestellt und bei der Veranstaltung zu Klimapartnerschaften am 1.11.2018 in Berlin für INFOE einen Input zu der Entstehung und Erfahrungen aus der Kölner Klimapartnerschaft mit Yarinacocha gab.

VERANSTALTUNGEN ZU INDIGENEN RECHTEN UND KLIMAVERHANDLUNGEN (SBSTA, COP 24)

Die Informationsstelle Peru führte in Köln vom 27. bis 29.04.2018 ein Seminar zu indigenen Rechten durch. Hierfür koordinierte und unterstützte INFOE mit dem peruanischen indigenen Dachverband AIDSESEP die Teilnahme von Frau Ruth Buendía, die ihre prämierte Arbeit zum Schutz und der Durchsetzung indigener Rechte sowie die aktuelle Situation insbesondere bei den Asháninka eindrucksvoll vorstellte. Ihr Beispiel ermutigte, sich in diesem Bereich zu engagieren. Im Anschluss an das Seminar ermöglichte INFOE die Teilnahme von Frau Buendía an den SBSTA-Meetings in Bonn, den die UN-Klimaverhandlungen (COPs) vorbereitenden Konferenzen. Für die indigenen Teilnehmer*innen waren insbesondere die fortgeführten Verhandlungen zu der Plattform zu traditionellem indigenem Wissen unter der UN-Konvention von Bedeutung.

INFOE war im Juni zum Ländergespräch Peru im BMZ eingeladen, bei dem die Verbesserung der Partizipation der verschiedenen Interessengruppen und Zivilgesellschaft diskutiert wurden. Dies betrifft auch unser Engagement für die Vorabkonsultation (Consulta Previa) und die rechtliche Sicherheit für indigene Territorien, insbesondere im Rahmen der Debatte um die Einrichtung eines Nationalparks. Mit der Kollegin Isabel Martínez besuchten wir die Veranstaltung des bischöflichen Netzwerks REPAM in September 2018 in Berlin im Vorfeld der Amazonas-Synode der katholischen Kirche 2019. REPAM arbeitet insbesondere auch zur Wahrung und Förderung indigener Rechte in Lateinamerika.

Leon Meyer zu Ermgassen vertrat INFOE bei den Veranstaltungen zur Klimapartnerschaft auf den UN-Klimaverhandlungen in Kattowitz vom 2.-14.12.2018. INFOE unterstützte aber auch erneut die indigenen Dachverbände AIDSEP und COICA bei der COP mit dem Dolmetschen auf Side Events und anderen Veranstaltungen der COP. Wir danken den beiden Freiwilligen, Leon Meyer zu Ermgassen, Student, und Evelyn Molina, professionelle Dolmetscherin, für ihr großes Engagement und ihre Leistungen.

ANTORCHA / FACT FINDING-REISE VON INFOE-MITGLIEDERN NACH PERU

Die Erfahrungen aus der jahrelangen Unterstützung indigener Organisationen bei den UN-Klimaverhandlungen und die Entstehung der Klimapartnerschaft Köln-Yarinacocha haben viele Ideen in der Zusammenarbeit mit den indigenen Kolleg*innen aufkommen lassen. Aufgrund eines der Schwerpunkte unserer Zusammenarbeit mit indigenen Institutionen und Repräsentant*innen in Peru ist eine dieser Ideen die Förderung erneuerbarer Energie-Technologie für indigene Gemeinschaften im peruanischen Amazonastiefland. Neben den Ansätzen hierzu im Rahmen der Entwicklung des Rahmenprogramms für die Klimapartnerschaft der beiden Städte Köln und Yarinacocha unterstützten wir daher auch die Bemühungen indigener Institutionen und Kolleg*innen, die indigenen Gemeinschaften in Loreto für die Verwendung erneuerbarer Energien zu interessieren und insbesondere auch den Zugang zu entsprechenden Technologien zu fördern, um so zur Verbesserung der Situation in den indigenen Gemeinschaften und zum Waldklimaschutz beizutragen. Spenden machten diese Unterstützung möglich. Im Anschluss an eine erste Sondierungsphase durch die indigene Institution FAMA von Juli bis September und die Fortsetzung derselben, reisten im November 2018 die beiden INFOE-Mitglieder Dominikus Rothkopf und Elke Falley-Rothkopf nach Peru, um zunächst in Iquitos an einem Austausch zu der Thematik sowie zum Fairen Handel mit mehreren Repräsentanten der Matsés, Bora und Uitoto teilzunehmen. Im Rahmen desselben erhielten wir eine Einladung der Municipalidad Distrital de Yaquerana nach Colonia Angamos, Loreto, um dort erste Kontakte mit Repräsentant*innen der Comunidades der Matsés zu knüpfen und vor Ort mit den Rahmenbedingungen für die Förderung solcher Ansätze besser vertraut zu werden. Dominikus Rothkopf und Mitarbeiter*innen der Kölner TH, die die Klimapartnerschaft vermittelt hatte, leisteten wertvolle Unterstützung hinsichtlich technologischer Fragen. Aufgrund des beidseitigen großen Interesses arbeiten wir bei INFOE weiter zu der Thematik.



Foto ©Elke Falley-Rothkopf:
Am Rio Galvez, Colonia
Angamos

PROJEKT ARTE-SANAR

Während einerseits traditionelles, indigenes Wissen über z. B. Heilpflanzen, aber auch Designs, Muster und andere Produkte vielfach von fremden Dritten zur Herstellung von industriell gefertigten Produkten verwendet werden, ohne dass die eigentlichen Träger*innen dieses Wissens und Hersteller*innen dieser Produkte einen Nutzen davon haben, ja sogar möglicherweise die Patentierung von z. B. Pflanzen und Produkten den indigenen Gemeinschaften (z. B. in der Pharmaindustrie) die Verwendung dieser Pflanzen usw. auf traditionelle Weise verwehrt und zu einer Kostenfrage macht, müssen indigene Produzent*innen aufgrund der kolonialen Vergangenheit ihrer Region meist ohne formelle Absicherung und Produktions- und Absatzstrukturen operieren. Die industrielle Massenproduktion vernachlässigt auch wichtige, spirituelle Aspekte bei dem Einsatz von Heilpflanzen, aber auch bei dem Entwurf und der Bedeutung von Designs, Mustern usw.

Im Rahmen des Besuchs der peruanischen Delegation der Klimapartnerschaft Köln-Yarinacocha fand ein Austausch zum Thema Möglichkeiten indigener Produzent*innen im fairen Handel statt. Daraus ergaben sich weitere Aktivitäten und der Antrag für das Projekt ARTE-SANAR bei der Stadt Köln. Das Thema Fairer Handel war ebenfalls ein Thema unserer Gespräche in Iquitos, Angamos und Yarinacocha anlässlich der Reise nach Peru.

Mit der Förderung des Projekts „ARTE-SANAR“ durch die Stadt Köln führten wir zunächst im Dezember mit der Shipibo-Artesana Miriam Soria Gonzáles, zu diesem Zeitpunkt Präsidentin des Verbandes von Hersteller*innen von Shipibo-Kunsthandwerk „Sanken Xobo“, Veranstaltungen im Rautenstrauch-Joest-Museum, im Erich-Gutenberg Berufskolleg und im Bürgerzentrum Alte Feuerwache durch. Die Bedeutung der indigenen Designs, deren Verwendung in Heilungszeremonien und bei Herstellungsprozessen stießen bei dem sehr unterschiedlichen Publikum auf großes Interesse. Im Rahmen dieser Aktivitäten vermittelten wir auch ein verbessertes Verständnis für traditionelles indigenes Wissen. Sie führten auch dazu, dass verschiedene Student*innen und Journalist*innen INFOE im Rahmen ihrer Recherchen mit der Bitte um Information zu spezifischen Themen kontaktierten. Das Projekt dauert an.

WASSERKRAFT UND DIE AGENDA 2030 – MITTEL ODER HINDERNIS, UM DIE SDG ZU ERREICHEN?

Die von INFOE getragene Gegenströmung leistete weiterhin intensive Öffentlichkeitsarbeit über die ökologischen und menschenrechtlichen Folgen von Wasserkraft. Der thematische Schwerpunkt lag in 2018 auf den Folgen der Wasserkraft für die Umsetzung der SDGs.

Aktionärsversammlungen und Hintergrundgespräche

In Zusammenarbeit mit dem Dachverband der kritischen Aktionärinnen und Aktionäre sprach Projektreferent Dr. Thilo Papacek bei den Hauptversammlungen der Siemens AG (31.1.2018) und der Hannover Rück (7.5.2018). Bei Siemens sprach er Beteiligung der Siemens AG an problematischen Wasserkraftprojekten (über das Joint Venture mit der Voith Hydro GmbH & KO. KG) in Kanada (Site C) und Chile (Alto Maipo) an. Dabei ging er insbesondere darauf ein, dass die Beteiligung deutscher Unternehmen eine Bedingung für die Finanzierung des Projektes Alto Maipo in Chile durch die deutsche KfW-IPEX Bank darstelle und somit maßgeblich für die Finanzierung und damit Durchführung des Projektes sei, das in 2017 dazu führte, dass die Trinkwasserversorgung von mehreren Millionen Menschen in der Metropolregion Santiago de Chile unterbrochen werden musste. Bei dem Staudamm-Projekt Site C in Kanada werden wiederum die seit 1899 garantierten Landrechte der West Moberley First Nations missachtet, weshalb der UN-Ausschuss für die Beseitigung der Rassendiskriminierung von Kanada forderte,

das Projekt zu unterbrechen. GegenStrömung erinnerte die anwesende Geschäftsführung an ihre Pflicht zu gewährleisten, dass ihr Unternehmen sich nicht an derartigen menschenrechtlich problematischen Projekten beteiligt. Am Vorabend fand eine Informationsveranstaltung im Kulturladen Westend in München statt, die gemeinsam mit dem Ökumenischen Büro für Frieden und Gerechtigkeit durchgeführt wurde.

Die Hannover Rück beteiligt sich an der Rückversicherung der problematischen Wasserkraftwerke Hidrosogamoso und Hidroitango in Kolumbien sowie des Klärteichs der Mine von Samarco/Brasilien. Sowohl im Kontext von Hidrosogamoso als auch Hidroitango kam es zu massiven Repressionen gegen Menschen, die gegen diese Wasserkraftprojekte protestierten, mehrere Aktivist*innen wurden ermordet. Zudem sind Fischer*innen und andere Anwohner*innen massiv negativ durch die beiden Projekte beeinträchtigt worden; es kam in beiden Fällen zu unvorhergesehenen Überflutungen von bewohntem und bewirtschaftetem Land, das deshalb evakuiert werden musste. Insbesondere die arme Landbevölkerung war negativ betroffen und verlor einen großen Teil ihre Habe. Im Falle Samarco war am 5. November 2015 der Damm des Klärteichs gebrochen und verursachte damit die (bis dahin) größte Umweltkatastrophe Brasiliens, da infolge des Unfalls der Fluss Rio Doce auf seiner gesamten Länge verseucht wurde. GegenStrömung machte den anwesenden Vorstand und die Aktionäre auf diese Probleme aufmerksam und erinnerte sie daran, dass auch Rückversicherungsunternehmen eine wichtige Verantwortung bei derartigen Projekten haben, da ohne sie die Finanzierung nicht realisiert würde.

Darüber hinaus wurden bei Treffen in Berlin und Kattowitz mehrere Hintergrundgespräche mit Vertreter*innen des Bundesentwicklungsministeriums (BMZ), der Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ), des Bundesumweltministeriums (BMU) statt. Diese Treffen gaben die Gelegenheit, die Ministeriumsvertreter*innen zu der Beteiligung deutscher öffentlicher Institutionen an Wasserkraftprojekten weltweit zu befragen und sie über die problematischen Seiten dieser Technologie zu informieren. Zudem brachten wir den Mitarbeiter*innen neue Evaluierungsinstrumente näher, die Wissenschaftler*innen entwickelt haben, um die negativen Umwelteinflüsse von Staudämmen und anderen Wasserkraftwerken zu minimieren (Dam Environmental Vulnerability Index, DEVI).

Erstellung von Publikationen

Mit mehreren Publikationen arbeitete GegenStrömung den Zusammenhang zwischen der Wasserkraft und den SDG, dem Bergbau und dem Klimawandel sowie sich häufende Staudammunfälle auf und verbreitete sie.

Das FactSheet **Keine einfache Lösung – Wasserkraft, der Klimawandel und die Ziele für Nachhaltige Entwicklung** (<https://bit.ly/359VBAS>) gibt einen Überblick über die SDG-relevanten Auswirkungen von Staudämmen und präsentiert dabei auch Ergebnisse neuer wissenschaftlicher Publikationen. Dabei wird deutlich, dass Wasserkraft sich auf fast alle SDGs negativ auswirken kann, wie eine Tabelle in dem FactSheet verdeutlicht.

Die Broschüre **Bergbau und Wasserkraft – Wie eine vermeintlich regenerative Energie mit dem Extraktivismus zusammenhängt** (<https://bit.ly/354lamW>) der freien Journalisten Fabian Grieger und Marius Hasenheit zeigt auf, dass insbesondere in den Ländern des globalen Südens Wasserkraftwerke sehr häufig nicht mit dem primären Ziel gebaut werden, die Bevölkerung mit Energie zu versorgen, sondern um Infrastruktur für extraktive Industrien bereitzustellen. Dadurch werden Landstriche für eine wirtschaftliche Entwicklung erschlossen, die wenige Vor-, aber viele Nachteile für die lokale Bevölkerung hat und zum weiteren Verlust von

Lebensgrundlagen beiträgt. Dabei gehen die Autoren auch auf Bezüge zu deutschen Unternehmen und dem Konsumverhalten der deutschen Bevölkerung ein.

Die Broschüre **Riskante Energie – Staudammsicherheit in Zeiten des Klimawandels** (<https://bit.ly/2qGBNWP>) beleuchtet ein Thema, das bisher kaum diskutiert wird, aber in Zukunft immer wichtiger werden wird. In den letzten Jahren kam es zu mehreren (Beinahe-)Unfällen bei großen Staudämmen, aufgrund von Starkregenereignissen, wegen denen mehrere Zehntausend Menschen evakuiert werden mussten. Es ist zu erwarten, dass sich Starkregenereignisse aufgrund des Klimawandels häufen werden. Daher stellt sich weltweit die Frage nach der Sicherheit von Staudämmen: angesichts der Tatsache, dass alle Staudammpläne von den hydrologischen Aufzeichnungen der letzten Jahrzehnte ausgehen, diese aber immer weniger Aussagekraft für die Zukunft haben, geht die amerikanische Nichtregierungsorganisation International Rivers davon aus, dass alle Staudämme als unsicher gelten müssten. Die Broschüre greift vier Fälle exemplarisch auf:

- die Oroville-Damm-Krise in den USA, wo im Februar 2017 zehntausende Anwohner*innen evakuiert werden mussten, weil nach Rekordregenfällen eine Notfall-Abflussrinne einzureißen drohte, was zu einer gigantischen Sturzflut geführt hätte;
- den Swar-Chaung-Dammbruch in Myanmar: Infolge der schweren Monsunregen und schlechter Planung brach im August 2018 der Swar-Chaung-Damm in Myanmar. Etwa 80.000 Menschen mussten umgesiedelt werden, zehntausende Kleinbauernfamilien verloren ihren gesamten Besitz.
- den Xe-Pian-Xe-Namnoy-Dammbruch in Laos: Auch hier waren schlechte Planung und der außergewöhnlich starken Monsunregen im Jahr 2018 ausschlaggebend dafür, dass die Hilfsmauer des Staudamms brach. Über 7.000 Menschen verloren ihre Häuser und ihre Lebensgrundlage, über 40 Menschen starben.
- die Beinahe-Katastrophe am Hidroituango-Staudamm in Kolumbien: Aufgrund starker Regenfälle kam es zu Erdbeben, die den Umleitungstunnel für den fast fertigen Staudamm Hidroituango verstopften. Zehntausende Menschen mussten evakuiert werden, da unklar war, ob die nicht fertiggestellte Mauer dem Druck standhalten würde. Bis heute ist unklar, ob der Staudamm sicher betrieben werden kann. Das Projekt wurde von der KfW-IPEX Bank mitfinanziert; die Munich Re stellte die Rückversicherung und musste eine hohe Entschädigung an die Betreiber leisten.

In allen Texten gehen die Autor*innen (Dr. Thilo Papacek, Christina Grein, Anke Timman, Daniela Rivas Grajales) auch auf die Hintergründe dieses Unfalls und die grundlegenden Risiken der Wasserkraftwerke in den jeweiligen Ländern ein.

Die Broschüre **Wasserkraft und Klimawandel – Eine problematische Beziehung** (<https://bit.ly/36qVzF3>) legt die Wissenschaftlerin Amelie Huber sehr kenntnisreich den aktuellen Forschungsstand zu den Klimaauswirkungen von Staudämmen dar. Denn Wasserkraft ist anders als oft behauptet keineswegs eine klimaneutrale Energiequelle, sondern führt zu großen Mengen Methanausstoß, einem Treibhausgas, das um ein Vielfaches klimaschädlicher ist als Kohlendioxid. Der Ausstoß erfolgt insbesondere, aber nicht nur, bei Projekten in den Tropen und vor allem in den ersten beiden Jahrzehnten der Aufstauung – also genau jetzt, wo die größte Reduktion von Treibhausgasen erfolgen muss, um das 1,5-Grad-Ziel noch zu erreichen. Aber Staudämme haben auch gravierende Auswirkungen auf die Klimaresilienz der Projektgebiete, da zunehmende Dürren dazu führen werden, dass trotz teurer Investitionen keine Energie erzeugt werden kann, während gleichzeitig Starkregenereignisse zu Dammbürchen zu führen drohen (s. o.). Die Broschüre stellt daher in Frage, wie sinnvoll der Einbezug von Wasserkraft in Mechanismen der Klimafinanzierung wie z. B. den Mechanismus für

umweltfreundliche Entwicklung (CDM) und Nachhaltige Anleihen (Green Bonds) ist. Zudem stellt die Autorin die Wissenschaftsdebatte um die komplizierte Emissionsmessung und Einflussnahme der Industrie auf die dabei verwandte Methodik dar.

Darüber hinaus veröffentlicht GegenStrömung regelmäßig Beiträge rund um das Thema Wasserkraft auf der Website und Facebook-Seite von GegenStrömung.

Veranstaltungen und Weltklimakonferenz COP 24

GegenStrömung organisierte oder sprach bei etlichen Veranstaltungen und erläuterte dabei die oben dargestellten Themenkomplexe:

13.3.2018, Berlin, FDCL: Menschenrechtsverletzungen im Kontext des Baus von Wasserkraftwerken in Lateinamerika. Veranstalter: GegenStrömung, Misereor, FDCL Mit Isabel Zuleta (Ríos Vivos, Kolumbien) und Marco Gabdarillas (CEDIB, Bolivien).

22.3.2018, Berlin, Galerie Olga Benario: Weltwassertag – Weltweite Staudammgeschäfte deutscher Konzerne. Die Staudammprojekte Agua Zarca in Honduras und Belo Monte in Brasilien. Vortrag von Thilo Papacek (GegenStrömung) und Christian Russau (FDCL). Veranstalter: Initiative zur Rettung von Hasankeyf.

30.5.2018, Berlin, FDCL: Der Angekündigte Tod eines Bergflusses. Die geplanten Staudämme am Marañón. Vortrag von Thilo Papacek. Veranstalter: GegenStrömung.

15.9.2018, Hamburg: *Wasserkraft – „Grüne“ Energie für wen?. Vortrag von Thilo Papacek im Rahmen der Studientage 14.-17.9.2018 Wasser - Konflikte im Umgang mit Ressourcenknappheit.* Veranstalter: Friedrich-Ebert-Stiftung.

18.11.2018, Hamburg: Staudämme, Bergbau und Plantagen. Inwertsetzung der Amazonasregion. Vortrag von Thilo Papacek im Rahmen der Lateinamerika-Tage. Veranstalter: FIAN.

23.11.2018, Berlin: Staudämme im Regenwald. Eine Veranstaltung mit Pablo Solón über Wasserkraftprojekte im bolivianischen Tiefland. Veranstalter: GegenStrömung, FDCL.

5.12.2018, Kattowitz, NGO-Climate Hub bei der Weltklimakonferenz: Hydropower – The Neglected Threat to the Climate. Vorführung des Films von Todd Southgate und Vorträge von Thilo Papacek und Heike Drillisch. Veranstalter: GegenStrömung

6.12.2018, Kattowitz, Deutscher Pavillon bei der Weltklimakonferenz: Hydropower – A Debate on its Sustainability and Climate-Friendliness. Mit Inputs von Robert Guimarães, FECONAU (AIDSEP/COICA), Sena Alouka, Jeunes Volontaires pour l'Environnement (JVE) International, Petr Hlobil (CEE Bankwatch), Dr. Thilo Papacek (GegenStrömung/INFOE). Veranstalter: GegenStrömung/INFOE.

Darüber hinaus ergriffen Projektreferent Dr. Thilo Papacek und Vorstandsmitglied Heike Drillisch bei der COP 25 in Kattowitz bei vielen Veranstaltungen das Wort, z. B. zum Prozess des Paris Alignments, mit dem zehn multilaterale Entwicklungsbanken ihre Kreditvergabe an die Ziele des Pariser Abkommens anpassen wollen, und wiesen insbesondere auf den hohen Treibhausgasausstoß von Wasserkraftanlagen hin und dass Wasserkraft daher keine einfache Lösung für die Energiegewinnung in Zeiten des Klimawandels ist. Sie führten auch zahlreiche Hintergrundgespräche mit anderen Umweltorganisationen und vereinbarten einen weiterführenden Austausch.

FPIC-PROTOKOLLE ALS SCHLÜSSEL ZUR DURCHSETZUNG INDIGENER RECHTE

Im Herbst begann INFOE mit einem vom Sektorprogramm Menschenrechte in der Entwicklungspolitik der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) unterstützten Projekt über indigene FPIC-Protokolle. Hinter der Abkürzung FPIC verbirgt sich der Terminus "Freie, vorherige informierte Zustimmung" (*Free, Prior and Informed Consent*). FPIC ist mittlerweile in zahlreichen internationalen Dokumenten als Mindeststandard dafür anerkannt, was Regierungen und Konzerne beachten müssen, wenn sie Maßnahmen ergreifen, die indigene Völker, ihre Lebensweise oder ihr Territorium betreffen. Als erstes völkerrechtlich verbindliches Dokument hat das Übereinkommen 169 der Internationalen Arbeitsorganisation von 1989 FPIC als Mindeststandard festgeschrieben, die ausführlichste Definition der Fälle, in denen FPIC angewandt werden muss, findet sich in der UN-Erklärung über die Rechte indigener Völker aus dem Jahr 2007. Mittlerweile haben aber auch Wirtschaftsverbände wie der International Council on Mining and Metals (ICMM), die Weltbank und die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD) FPIC in ihre Standards aufgenommen.

Alle Staaten, die das Übereinkommen 169 unterzeichnet haben, darunter die meisten Staaten Lateinamerikas sowie Nepal, die Philippinen und Norwegen, sind verpflichtet, FPIC in ihrer nationalen Gesetzgebung umzusetzen. Allerdings bleibt die Umsetzung durch Staaten und Konzerne weit hinter dem Anspruch von FPIC zurück. Meist wird indigenen nur ein sehr eingeschränktes Konsultationsrecht ohne Recht auf Entscheidung eingeräumt. Der Gegenstand der Konsultation wird auf sehr eng begrenzt und es wird ihnen ein bürokratisches fremdbestimmtes Verfahren übergestülpt. In der Praxis wird immer noch allzu oft mit Druck und Betrug gearbeitet und aus der Sicht von Staaten und Unternehmen geht es oft nur darum, indigenen irgendwie eine Unterschrift "abzuluchsen", um damit einen Freifahrtschein für beliebige Aktivitäten zu erhalten. Daher hat sich nach einigen Jahren des Enthusiasmus für FPIC auf Seiten indigener Völker mittlerweile Ernüchterung breitgemacht, gefolgt von der Erkenntnis, dass sie ihre eigenen Verfahren und Protokolle entwickeln und dokumentieren müssen, damit Staaten und unternehmen sich gezwungen sehen, mit ihnen so zu verhandeln, wie ihre Rechte es verlangen.

Deshalb haben vor allem in Lateinamerika und Asien immer mehr indigene Gemeinschaften in den letzten Jahren ihre eigenen FPIC-Protokolle entwickelt. Grundlage ist, dass FPIC mehr ist, als nur ein Verfahren um Projekte zu ermöglichen, nämlich ein Prinzip, das auf dem Recht indigener Völker auf Selbstbestimmung beruht. Dies impliziert, dass Indigene zuallererst das Recht haben, zu entscheiden, ob sie sich überhaupt auf Verhandlungen einlassen wollen oder nicht und dass im weiteren das Verfahren von ihnen selbst bestimmt sein muss und keineswegs mit einer Unterschrift endet, nach der die Konzerne und Regierungen anschließen freie Bahn haben.

In Zusammenarbeit mit dem Forest Peoples Programme (FPP) und der Universität Middlesex in London konzentrierte sich das Projekt auf Fallbeispiele der Embera Chami in Kolumbien, der Juruna in Brasilien und der Wampi in Peru, alles drei Fälle in denen indigene Gemeinschaften durch extractive Industrien existenziell bedroht waren oder/und sind und in denen die Entwicklung der FPIC-Protokolle und Regularien dazu geführt hat, dass nationale Gerichte ihr Konsultationsrecht bestätigten, was etwa im Fall der Juruna in Brasilien dazu führte, dass ein Goldbergbauprojekt auf Geheiß des höchsten Gerichts ihres Bundesstaates einstweilen gestoppt wurde. In der Anfangsphase des Projekts wurde mit der Entwicklung einer mehrsprachigen Datenbank begonnen, die unter <https://fpic.enip.eu> verfügbar ist und in der FPIC-Protokolle aus 40 Ländern nach ihrem Inhalt und

ihrem Kontext analysiert sind. Diese Datenbank befindet sich noch in einem Versuchsstadium und ist noch nicht öffentlich zugänglich. Außerdem wurden VertreterInnen indigener Völker aus Peru, Malaysia, Brasilien, den Philippinen, Kolumbien und einigen anderen Ländern zu einem Austausch im Vorfeld des UN-Forums für Wirtschaft und Menschenrechte im November nach Genf eingeladen, um über ihre Erfahrungen, Empfehlungen und Wünsche vorzustellen und zu diskutieren.



Genfer Dialogtreffen zu FPIC-Protokollen, 24. November 2018

Das Projekt kulminierte in der Veröffentlichung der Studie *“Free Prior Informed Consent Protocols as Instruments of Autonomy”* (<https://www.enip.eu/web/de/fpic-2/>).

Russland: Es wird immer schwieriger.

INFOE hat 2018 die Arbeit indigener Partner in Russland zu den Nachhaltigen Entwicklungszielen unterstützt, die insgesamt im Land noch weitgehend unbekannt sind. Mit der Unterstützung von Seminaren und Veröffentlichungen im den Themenbereichen Nachhaltige Entwicklung, Landrechte und extraktive Industrien setzten wir im Rahmen der Möglichkeiten fort, was seit über 20 Jahren eine Konstante in der Arbeit INFOEs ist. Allerdings verließen auch in diesem Zeitraum weitere wichtige Partner Russland, da die Bedrohungen, denen sie sich ausgesetzt sahen, mittlerweile doch eine Ernsthaftigkeit erreicht hatten, die ein Handeln nötig machten. Im Rahmen unserer Möglichkeiten unterstützten wir die Partner durch Interventionen gegenüber den UN-Sonderberichterstatter für Menschenrechtsverteidiger und für indigene Völker wie auch gegenüber dem UN-Ausschuss zur Beseitigung der Rassendiskriminierung.

Der immer enger werdende Spielraum für zivilgesellschaftliche Organisationen in Russland betrifft nicht nur im Land selbst aktive indigene AktivistInnen sondern zunehmen auch ihre ausländischen Partner. So wurde mit der kalifornischen Organisationen *Pacific Environment* ein langjähriger

wichtiger Partner zur “unerwünschten Organisation” erklärt und nach einem kurzen Auftritt bei der Osteuropa-Session des Genfer UN-Forums für Wirtschaft und Menschenrechte wurde Russland-Koordinator Johannes Rohr im Moskauer Flughafen Domodedowo zum ersten Mal in 25 Jahren nicht durch die Passkontrolle gelassen und ihm wurde vom russischen Geheimdienst FSB mitgeteilt, dass gegen ihn eine Einreisesperre verhängt worden ist, die bis zu seinem 100sten Geburtstag gilt. Gegen diese nicht weiter begründete Entscheidung wurde zwar auf verschiedenen Wegen Einspruch eingelegt, aber die Aussichten auf Aufhebung der Einreisesperre sind unter den gegenwärtigen Bedingungen eher gering.